

Der Verwaltungsrat des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine gegen die Vorlage betreffend der Bewilligungspflicht für Neueröffnung von Betrieben

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **18 (1943)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101531>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizerischer Mieterverband

Der Schweizerische Mieterverband hielt am Sonntag unter dem Vorsitz von Zentralpräsident Dr. F. Wieser, Basel, in Zürich seine von den Delegierten von 16 Sektionen besuchte Jahresversammlung ab. Bei der Diskussion des Jahresberichtes kam zuerst die Praxis der Mietpreiskontrolle zur Sprache. In bezug auf die Wohnbaufrage, die infolge der Wohnungsnot für fast alle deutschschweizerischen städtischen Gemeinden eine stets zunehmende Bedeutung gewinnt, wurde betont, daß der Staat auch die Bodenpreise der staatlichen Kontrolle unterstellen sollte. Die Versammlung beschloß, den Bundesrat dringend zu ersuchen, die schon vor längerer Zeit angekündigte Verordnung über die Kontrolle des städtischen

Liegenschaftenshandels möglichst bald in Kraft zu setzen. Anschließend referierte Dr. F. Giovanoli, Bern, über die Voraussetzungen und Möglichkeiten des genossenschaftlichen Wohnungsbaues, während Stadtrat Peter, Zürich, in einem Referat darlegte, was die Stadt Zürich auf dem Gebiet des genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbaues während dieser Kriegsjahre bereits geleistet hat und weiter zu tun gedenkt. In Erledigung der statutarischen Geschäfte wurde Basel als Vorort und Dr. F. Wieser als Zentralpräsident bestätigt. Als Ort der nächstjährigen Delegiertenversammlung wurde Bern bestimmt.

Neue Richtsätze für die Lohnanpassung

Die von der Lohnbegutachtungskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements auf Grund der Versorgungslage sowie der Veränderungen des Index der Lebenshaltungskosten berechneten Richtsätze für die Lohnanpassung stellen sich per Ende März 1943 wie folgt:

Vorkriegs-familieneinkommen	Richtsatz für die in % des Vorkriegs-einkommens	Lohnanpassung in % der Lebenskostensteigerung
bis 3000 Franken	38	82
3000—4000 Franken	32	68
4000—5000 Franken	27	58
5000—6000 Franken	26	56
über 6000 Franken	24	52
Gewogener Durchschnitt (5259 Fr.)	26	56

Die Berechnung der Richtsätze bezieht sich auf Familien mit durchschnittlich vier Köpfen. An kinderreiche Familien ist die Ausrichtung höherer Zulagen zu empfehlen, als sie aus der obigen Zusammenstellung ersichtlich sind, ebenso an die Schwerarbeiter, entsprechend der an sie abgegebenen Sonderzuteilungen.

Der Richtsatz in der untersten Einkommensstufe wurde auf Grund der absoluten Rationierungszuteilungen (ohne Trockenei), ergänzt durch die notwendigen Mengen nicht rationierter Lebensmittel und der Kleinhandelspreise ermittelt. Eine Lohnzulage von 38 Prozent auf einem Vorkriegseinkommen von 2619 Franken (mittleres Einkommen in der untersten Einkommensstufe bei einer Familiengröße von 4,2 Personen) gestattet, die dieser Durchschnittsfamilie zugeteilten Lebensmittelrationen einzulösen und die notwendigen, nicht rationierten Nahrungsmittel zu kaufen.

Der Verwaltungsrat des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine gegen die Vorlage betreffend die Bewilligungspflicht für Neueröffnung von Betrieben

Der Verwaltungsrat des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine unterbreitet der Delegiertenversammlung in Genf einen Beschluß, dem wir die folgenden Stellen entnehmen in der Meinung, sie gelten durchaus auch für die übrigen Gebiete wirtschaftlicher Betätigung:

«Die Delegiertenversammlung des VSK. vom 19. Juni 1943 in Genf nimmt Kenntnis von einem Entwurf des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) zu einem *Vollmachtenbeschluß des Bundesrates*. Danach soll in Zukunft die verfassungsmäßig garantierte Handels- und Gewerbefreiheit über kriegsbedingte Notmaßnahmen hinaus aufgehoben und die Eröffnung von neuen, die Verlegung und die Erweiterung von bestehenden gewerblichen und Handelsbetrieben *von der Bewilligung durch staatliche Stellen abhängig* gemacht werden können. Die Bewilligung soll nur an Besitzer eines nach mehrjähriger Lehrzeit erworbenen Fähigkeitszeugnisses erteilt werden dürfen. Ueberdies können an die Bewilligung nach Gutfinden weitere im Vollmachtenbeschluß nicht näher umschriebene Bedingungen, Einschränkungen und Vorschriften geknüpft werden. Niemand hätte einen Rechtsanspruch auf die Erteilung der Bewilligung zur selbständigen Ausübung seines Berufes. Die Folge einer derartigen Regelung wäre, daß die gesamte Wirtschaft der Schweiz, die Betätigungsfreiheit des Einzelnen und speziell auch die Genossenschaftsbewegung selbst in der normalen Friedenszeit in ihrer Weiterentwicklung durch den Staat *in übermäßiger Weise beeinflußt und gehemmt* werden könnten.

Die Delegiertenversammlung des VSK. bestätigt demgegenüber ihre nachstehenden im Jahre 1934 gemachten Feststellungen:

Das Recht auf Befriedigung wirtschaftlicher und kultureller Bedürfnisse auf dem Wege der Selbsthilfe darf nur eingeschränkt werden, wo lebenswichtige Interessen der Gesamtheit dies erfordern.

Die kollektive Selbsthilfe erfolgt auf dem Wege des Zusammenschlusses, der seinerseits unter dem Schutze der Bundesverfassung steht. Wer von der kollektiven Selbsthilfe Gebrauch macht, übt somit ein Recht aus und verletzt keines-

falls Rechte von Drittpersonen. Niemand darf gezwungen werden, auf das Recht der Selbsthilfe zugunsten von auf Erwerb ausgehenden Dritten zu verzichten, und niemand hat einen Anspruch darauf, einen solchen Verzicht zu verlangen.

Wenn sich innerhalb der Erwerbswirtschaft unter einer zwangslosen Handels- und Gewerbefreiheit Mißstände gezeigt haben, so sind diese nicht durch die Tätigkeit der Selbsthilfeorganisationen verursacht worden. Wenn solche Mißstände und Auswüchse auf legalem Wege durch geeignete Maßnahmen beseitigt werden, so opponieren die Selbsthilfeorganisationen nicht, denn sie können als solche jeder Regelung der Erwerbswirtschaft und auch einer Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit neutral gegenüberstehen, wenn eine solche Einschränkung nur auf die Unternehmungen der Erwerbswirtschaft verlegt wird.

Zum vorliegenden Entwurf stellt jedoch die Delegiertenversammlung fest:

1. Die Konsumvereine anerkennen die Zulässigkeit einer Einschränkung der Wirtschaft und damit auch ihrer eigenen Tätigkeit, sofern und solange diese Beschränkung in kriegsbedingten Notwendigkeiten begründet ist.
2. Die bereits im Bundesratsbeschluß vom 1. April 1941 eingeführte kriegswirtschaftliche Bewilligungspflicht genügt, um zum Schutze von durch Kriegseinflüsse bedrohten Erwerbszweigen oder zum Schutze aktivdienstleistender Betriebsinhaber Maßnahmen zu treffen.
3. Nach dem neuesten Entwurf des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit könnte neben der bereits in Kraft stehenden kriegswirtschaftlichen Bewilligungspflicht auch die gewerbliche Bewilligungspflicht mit Gültigkeit auch in der späteren Friedenszeit eingeführt werden.
4. Die Auswirkungen der in diesem Rahmenbeschluß vorgesehenen Maßnahmen hängen zum großen Teil ab von der Art der Durchführung durch die damit beauftragten Stellen und bergen in sich die Gefahr der sukzessiven Einführung einer Korporationsordnung.

5. Derart für die Zukunft des Schweizervolkes und seiner mit dem Auslande eng verflochtenen Volkswirtschaft einschneidende und weittragende Maßnahmen dürfen nicht gestützt auf die für die Kriegszeit erlassenen außerordentlichen Vollmachten des Bundesrates, sondern höchstens auf dem in der Bundesverfassung vorgeschriebenen Wege der Volksbefragung eingeführt werden.
6. Das Abhängigmachen der wirtschaftlichen Betätigung von Fähigkeitsausweis und Bedürfnisklausel könnte sich als Bevorzugung einer kleinen Minderheit zum Schaden der jungen Generation auswirken und überdies dieser Minderheit in der Wirtschaft eine gewisse Monopolstellung mit allen ihren für die gesamte Konsumentenschaft nachteiligen Folgen nach sich ziehen.
7. Die vorgeschlagenen Maßnahmen mißachten die Eigenart der schweizerischen Eidgenossenschaft und widersprechen dem Wesen des Schweizerbürgers.

Die Delegiertenversammlung

lehnt auf Grund dieser Erwägungen den Entwurf des BIGA betreffend Einführung der gewerblichen Bewilligungspflicht ab, da dieser für die im VSK. zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften unannehmbar ist, solange er nicht eine für die Gesamtwirtschaft, für die Genossenschaften und für die demokratischen Schweizerbürger tragbare Lösung bringt; spricht die Erwartung aus, daß weder Bundesrat noch Bundesversammlung zum beabsichtigten Einbruch in verfassungsmäßige Grundrechte durch das Mittel eines Vollmachtenbeschlusses Hand bieten werden; und beauftragt die Verbandsorgane, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die in der Bundesverfassung festgelegten, demokratischen Rechte des Schweizerbürgers zu wahren, mit allen Mitteln einer weiteren Einschränkung der Entwicklung der Selbsthilfeorganisationen entgegenzutreten und eine Vorlage im Sinne des Entwurfes des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit energisch zu bekämpfen.»

Neugestaltung der kriegswirtschaftlichen Radioaufklärung

Die Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft teilt mit:

Mit dem Eintritt des Sommer-Sendeplanes im Landesender Beromünster zu Beginn des letzten Monats hat die kriegswirtschaftliche Aufklärung im Rundspruch eine grundlegende Neugestaltung erfahren.

Einem vielfach geäußerten Wunsche entsprechend werden nunmehr vor allem die zuständigen Chefs der kriegswirtschaftlichen Stellen des Bundes und andere berufene Persönlichkeiten selbst zur Radiohörerschaft sprechen. Außerdem wurde die Radiosendung auf eine günstige *Sendezeit*, nämlich *Mittwoch zwischen 19.15 und 19.29 Uhr* verlegt. Ferner erhielt die Sendereihe die neue Bezeichnung:

«Woran man denkt, wovon man spricht,
Auf dem liegt hier das Hauptgewicht!»

Wir beabsichtigen nunmehr, von Zeit zu Zeit eine unserer Sendungen auch für einen gesprochenen *Briefkasten* zu verwenden, worin auf Fragen aus dem Publikum betreffend die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, insbesondere die Rationierung, Auskunft von kompetenten Stellen erteilt werden soll, soweit diese Antworten die Hörerschaft allgemein interessieren können.

Wir anerbieten uns, alle Anfragen entgegenzunehmen und dafür besorgt zu sein, daß sie in einer nächsten Briefkastensendung im Radio beantwortet werden oder, falls es sich um ganz spezielle Fälle handelt, die gewünschte Auskunft schriftlich durch die zuständige Stelle erteilt wird. Zuschriften erbitten wir an unsern Aufklärungsdienst, *Gruppe Radio*.

Die Gemeinnützige Gesellschaft zum Beveridge-Plan

Die Zentralkommission der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft nahm nach Referaten von Professor Dr. P. Gyax (Zürich), Nationalrat Ph. Schmid-Ruedin (Zürich) und Dr. O. Steinmann (Zürich) zum Beveridge-Plan wie folgt Stellung:

1. Der Beveridge-Plan ist kein allgemein gültiges Rezept, das von anderen Ländern einfach übernommen werden könnte.
2. Die Schweiz muß ihre eigene Sozialpolitik treiben; dabei darf festgestellt werden, daß bei uns Wesentliches er-